BAUFFOLZ

Das offizielle Service-Magazin der Gewerkschaft BAU-HOLZ

STEIERMARK



KV-Lohnrunden 2019:

Klares Lohnplus

für unsere Beschäftigten

Seiten 4 bis 8



Skandal-Aussage im Ibiza-Video:

H.C. Strache will Bauarbeiter

an Russen ausliefern

Seite 19

Durchgesetzt!

Hitzeregelung NEU

Hitzeregelung cht!

Hitzeregelung am Bau

Ab Plus 32,5 Grad gilt die

Schlechtwetterregelung am Bau

Seite 8

Jahrgang 114, Ausgabe 05-07 2019 I www.bass-holz.at I www.facebook.com/deinegbh





Seiten 4 bis 8

Erfolgreiche KV-Runde 2019

Neben guten Lohnabschlüssen zwischen Plus 3,35 und 3,45 Prozent gibt es Verbesserungen im Rahmenrecht und für Lehrlinge. Hauptthema waren Maßnahmen gegen die Verschlechterungen im neuen Arbeitszeitgesetz.

Seite 9

Lohndumping: Beschwerde gegen Slowenien

Slowenien ist bei entsandten Arbeitnehmern aufgrund des "Entsendebonus" Transitland Nr. 1 geworden. Gewerkschaft und Arbeiterkammer schicken Beschwerden nach Brüssel.





Seiten 12 und 13

Kein Vertrauen in Regierung

Ein nationaler Schulterschluss für Stabilität wäre die richtige Antwort auf den Strache-Ibiza-Skandal gewesen, nicht Wahlkampf und Taktieren ab der ersten Sekunde. Ohne Gespräche kann es kein Vertrauen für Kurz geben.

Seite 15

H. C. Strache will Bauarbeiter an die Russen ausliefern und unser Wasser verkaufen

Egal, ob angetrunken oder nicht, solche Gedanken und Ideen müssen in einer Person fest verankert sein, um sie in einer so skandalösen Art preiszugeben.



Weitere Schwerpunkte dieser Ausgabe ...

Urlaubsgeld ist keine Selbstverständlichkeit +++ Hitzeregelung für Bauarbeiter +++ Türkis-Blau: Ein Rückblick +++ Neuwahl: Interview mit Josef Muchitsch (FSG) und Richard Dragosits (FCG) +++ "Großbaustelle" Gesundheit +++ Konferenz 4.0 +++ BundeslandReport www.bau-holz.at



Regierungskrise, was jetzt?

Tatsache ist, das Strache-Ibiza-Video hat unserem Ansehen international sehr geschadet. Nur gemeinsam wird es möglich sein, das ramponierte Ansehen Österreichs wieder in Ordnung zu bringen.

Keine negativen Auswirkungen

Die öffentlichen Budgets und geplante Bauvorhaben für die nächsten Jahre sind fixiert. Offene Ausschreibungen werden nicht gestoppt. Eventuell notwendige Gesetzesänderungen im Interesse der Bauwirtschaft werden nach wie vor im Parlament entschieden und vom Bundespräsidenten in Kraft gesetzt. Somit sind keine negativen Auswirkungen auf die Bauwirtschaft gegeben.

Alle, die von einer Staatskrise sprechen, versuchen die Menschen zu verunsichern. Jede Baustelle läuft weiter, Wasser und Strom wurden nicht abgedreht. öffentliche Einrichtungen und Verkehrsverbindungen sind aufrecht. Wir haben eine Regierungskrise, welche von den ehemaligen Regierungsparteien durch die Aufkündigung ihrer Zusammenarbeit zu verantworten ist. Unabhängig davon arbeiten wir in der Bausozialpartnerschaft an wichtigen gemeinsamen Zukunftsprojekten, wie zum Beispiel Jahresbeschäftigungsmodell und Baucard, ungebremst weiter.

Die Sozialpartner bekommen gerade in dieser Zeit wieder den wichtigen Stellenwert, der immer für den sozialen Frieden in Österreich verantwortlich war.

Abg. z. NR Josef Muchitsch
GBH-Bundesvorsitzender



Erfolgreiche Lohnabschlüsse in ersten Verhandlungsrunden

KOLLEKTIVVERTRAG. Die Gewerkschaft Bau-Holz blickt mit Stolz zurück, dann sie hat ihre Frühjahrs-Lohnrunden sehr erfolgreich abgeschlossen. Neben guten Lohnabschlüssen zwischen plus 3,35 und 3,45 Prozent gibt es auch viele Verbesserungen im Rahmenrecht und historische Erfolge im Lehrlingsbereich, die nicht zuletzt zu einer Imageaufwertung für die Lehrberufe in den Bau-, Holz- und Steinbranchen führen werden. Eines der Hauptthemen bei allen Verhandlungen waren Maßnahmen gegen die Verschlechterungen im neuen Arbeitszeitgesetz.



Harte, aber faire Gespräche auf Augenhöhe mit unseren Sozialpartnern haben diese Ergebnisse ermöglicht!

Abg. z. NR Josef Muchitsch. GBH-Bundesvorsitzender



Für 100.000 Beschäftigte in Bauindustrie und Baugewerbe konnte die GBH mit plus 3,35 Prozent auf den KV-Lohn, Parallelverschiebung, der Erhöhung der Taggelder sowie der Verbesserung der Hitzefrei-Regelung ab 32,5 Grad Celsius einen großen Erfolg erzielen. Dazu kommt die kollektivvertraglich geregelte Möglichkeit einer 4-Tage-Woche mit max. 10 Stunden pro Tag. Muchitsch: "Türkis-Blau haben die 4-Tage-Woche versprochen, sie aber nicht umgesetzt. Das haben wir jetzt geregelt."

Die "harten Brocken" Jahresbeschäftigung am Bau mit dem Ziel Verringerung der Winterarbeitslosigkeit und mehr Freizeit für die Beschäftigten durch eine 6. Urlaubswoche werden im Herbst verhandelt. Damit wird das gemeinsame Bemühen um eine Imageaufwertung für den Baubereich fortgesetzt.

Holz- und Sägeindustrie, Stein- und keramische Industrie

In der Holz- und Sägeindustrie mit 20.500 sowie der Stein- und keramischen Industrie mit 8.500 ArbeiterInnen

wurde neben der Lohnerhöhung unter anderem auch festgelegt, dass ab der 11. und 12. Arbeitsstunde bzw. aber der 51. Wochen-Arbeitsstunde 100 Prozent Zuschläge gebühren.

Baunebengewerbe

Die 51.000 ArbeiterInnen in den Baunebengewerben freuen sich über eine Erhöhung der Taggelder, die Einführung eines Taggeldanspruches für Arbeiten im Ausland und vereinheitlichte und verbesserte Kündigungsfristen in allen Branchen. Karenzzeiten ab 1. Mai 2019 werden in einem Ausmaß von 24 Monaten auf dienstzeitenabhängige Ansprüche voll angerechnet. Um am 24. und 31. Dezember arbeitsfrei zu bekommen, muss zukünftig nur noch ein Urlaubstag konsumiert werden.

Wildbach- und Lawinenverbauung

Die rund 750 Beschäftigten der Wildbach- und Lawinenverbauung erhalten um 3,35 Prozent mehr auf die kollektivvertraglichen Mindestlöhne. Das Trennungsgeld und die Mobilitätsabgeltung (ohne Werksverkehr) werden mit dem VPI 2018 angepasst.



Neue Wege in der Kommunikation

Neue und noch schnellere Wege beschreitet die GBH in der Kommunikation.

Die Mitglieder waren "live" bei den Verhandlungen dabei – sie wurden über Verhandlungsstart und Lohnabschluss umgehend per SMS informiert. Auch unsere Social-Media-Aktivitäten wurden erfolgreich ausgeweitet und an die Bedürfnisse der User angepasst. Über eine eigene Internetseite wurden vertiefende und detaillierte Informationen auch zu den Verbesserungen im Rahmenrecht sowie ein Infoplakat umgehend nach Abschluss zur Vergügung gestellt.

Du hast keine Infos bekommen?

Dann melde dich noch heute bei unserem kostenlosen GBH-SMS-Info-Service an. Einfach ein SMS an 0664/614 56 70 mit deinem Vor- und Nachnamen schicken, schon bist du dabei und wirst informiert.

Klares Plus für Lehrlinge



Beginnt beispielsweise ein Lehrling im Sand-Schotter-Kies-Bereich mit 17 seine Lehre, erhält er monatlich 887,56 Euro brutto. Mit seinem 18. Geburtstag erhält er nun 1.776,84 Euro. Dies entspricht einer Lohnerhöhung von über 100 Prozent. Seine Lehrlingsentschädigung verdoppelt sich!

BAU UND BAUNEBENGEWERBE:

Historisch hohe

2-Jahres-Abschlüsse

Für das Bau- und das Baunebengewerbe gab es 2-Jahres-Abschlüsse

Für Beschäftigte im Baunebengewerbe gibt es 2020 zum VPI (Verbraucherpreisindex) plus 1,3 Prozentpunkte und für das Baugewerbe und die Bauindustrie den VPI plus 0,95 Prozentpunkte. Damit ist für die nächsten 2 Jahre eine hohe Reallohn- erhöhung garantiert.

Verbraucherpreisindex (VPI)

In Österreich wird monatlich der VPI von Statistik Austria veröffentlicht. Der VPI ist ein Maßstab für die Entwicklung des Preisniveaus auf der Konsumentenstufe – d.h., er gibt das Ausmaß des Geldwertverlustes an, das die Endverbraucher trifft. Weiters wird er für Wertsicherungen und bei Lohnverhandlungen verwendet.

BAU-HOLZ-LEHRLINGE. Imageaufwertung für Lehrberufe in unseren Bau-, Holz- und Steinbranchen

KV-Verhandlungen brachten einen Meilenstein für die Lehrlinge

Bis zu 100 Prozent mehr Lehrlingsentschädigung

"Erstmals in der Geschichte von KV-Verhandlungen erhalten Lehrlinge, die im Lehrverhältnis 18 Jahre alt werden, in der Holz- und Sägeindustrie sowie in der Stein- und keramischen Industrie die höchste Lehrlingsentschädigung", freut sich Albert Scheiblauer, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft Bau-Holz, "das bedeutet bis zu 100 Prozent mehr Lehrlingsentschädigung."

Im Baunebengewerbe können sich unsere Lehrlinge über ein klares Plus von bis zu 15 Prozent auf die Lehrlingsentschädigung freuen. Lehrlinge, die im laufenden Lehrverhältnis das 18. Lebensjahr vollenden, erhalten die Lehrlingsentschädigung des zweiten Lehrjahres. Das sind echte Meilensteine für unsere Lehrlinge.

Mit diesen Lohnabschlüssen haben wir als Gewerkschaft Bau-Holz unter schwierigsten politischen Rahmenbedingungen gezeigt, wie wichtig die Sozialpartnerschaft für faire Löhne und Arbeitsbedingungen in Österreich ist. Unser Dank gilt vor allem auch unseren BetriebsrätInnen, die uns bei den bis zu 15-stündigen Verhandlungsmarathons unterstützt haben.

Abg. z. NR Josef Muchitsch. GBH-Bundesvorsitzender

Uberblick KV 2019



Bauindustrie/Baugewerbe

- + 3.35 %
- Parallelverschiebung
- VPI plus 0,95 Prozentpunkte ab 1. Mai 2020
- Erhöhung der Taggelder
- Regelung für Tunnelein- und -ausfahrt, tägliche Heimfahrt
- Überbrückungsabgeltung erhöht
- Hitzefrei ab 32,5 Grad Celsius
- Möglichkeit einer 4-Tage-Woche mit max. 10 Stunden pro Tag nur mit Zustimmung des Betriebsrates bzw. Einzelvereinbarung, wo es keinen Betriebsrat gibt
- Einigung Vorgriff Abfertigung Alt

Baunebengewerbe

- + 3.35 %
- Parallelverschiebung
- VPI plus 1,3 Prozentpunkte ab 1. Mai 2020
- Erhöhung der Taggelder
- Einführung eines Taggeldanspruches für Arbeiten im Ausland
- Kündigungsfristen: alle Branchen vereinheitlicht und verbessert
- Lehrlinge, die im laufenden Lehrverhältnis das 18. Lebensjahr vollenden, erhalten die Lehrlingsentschädigung des 2. Lehrjahres.
- Lehrlingsentschädigungen bis zu plus 15 Prozent
- Volle Anrechnung Karenzzeiten
- Für 24. und 31. Dezember ist nur noch ein Urlaubstag nötig

+ 3,35 %

Wildbach- und

Lawinenverbauung



- Verbesserung der Entgeltfortzah-
- bildung zum Partieleiter konkre-

Holz- und Sägeindustrie

- + 3.45 % auf KV-Löhne
- + 3,25 % auf Ist-Löhne
- 100 % Zuschlag 11./12. Stunde und ab der 51. Wochenstunde
- Bezahlte Arbeitspausen ab der 10. Stunde
- Rechtsanspruch auf tageweisen Zeitausgleich
- Lehrlinge, die im laufenden Lehrverhältnis das 18. Lebensjahr vollenden, erhalten die Lehrlingsentschädigung des 3. Lehrjahres

Stein- und keramische **Industrie**

- + 3,35 % auf KV-Löhne
- + 3,20 % auf Ist-Löhne
- 100 % Zuschlag 11./12. Stunde und ab der 51. Wochenstunde
- Für 24. und 31. Dezember ist nur noch ein Urlaubstag nötig
- Möglichkeit einer 4-Tage-Woche mit max. 10 Stunden pro Tag nur mit Zustimmung des Betriebsrates bzw. Einzelvereinbarung, wo es keinen Betriebsrat gibt
- Lehrlinge, die im laufenden Lehrverhältnis das 18. Lebensjahr vollenden, erhalten die Lehrlings-

lung bei Dienstverhinderung Rahmenbedingungen für die Aus-

entschädigung des 3. Lehrjahres

Jeder Zweite bekommt in Deutschland kein Urlaubsgeld

Urlaubsgeld zu bekommen ist nicht selbstverständlich. Gewerkschaften sichern das Urlaubsgeld über Kollektiwerträge. Was es bedeutet, wenn die Kollektiwerträge die Beschäftigten nicht absichern, sieht man in Deutschland.

Dort gibt es keinen gesetzlichen Anspruch auf Urlaubsgeld und so erhält nicht einmal jeder 2. Beschäftigte in **Deutschland Urlaubsgeld.**

Die größten Chancen, ein Urlaubsgeld zu erhalten, haben nach Angaben des Leiters des WSI-Tarifarchivs, Thorsten Schulten, Beschäftigte in tarifgebundenen Unternehmen. Rund 69 Prozent von ihnen erhalten der Umfrage zufolge einen Gehaltszuschuss für die schönsten Wochen des Jahres. Zum Vergleich: Bei den Beschäftigten, für die kein Tarifvertrag (Kollektivvertrag) gilt, sind es lediglich 36 Prozent.

4 von 10 Frauen haben Urlaubsgeld Durchschnittlich können 50 Prozent der Männer, aber nur 41 Prozent der Frauen mit Urlaubsgeld rechnen.

Risikofaktor: Hitze am Arbeitsplatz – Hitzefrei?

HITZEFREI. Bauarbeiter haben seit heuer bereits ab 32,5 Grad Celsius Hitzefrei



Einen weiteren Meilenstein für Bauarbeiter konnte die Gewerkschaft Bau-Holz bei den Lohnverhandlungen ebenfalls erreichen. Die Hitzeregelung wurde von 35 auf 32,5 Grad herabgesetzt. Seit 1. Mai gilt ab 32,5 Grad die Schlechtwetterregelung am Bau.

Sommer, Sonne, Hitze. Viele denken dabei an Urlaubsspaß am Meer oder im Freibad. Doch die zunehmende Hitze macht vielen ArbeitnehmerInnen immer mehr zu schaffen. Hitzestress stellt eine massive Belastung für das Herz-Kreislauf-System dar, was dramatische Folhaben kann. Neben Beeinträchtigung von körperlicher und geistiger Leistungsfähigkeit kann es bei fehlender Erholung und Flüssigkeitsverlust durch Schwitzen zu Hitzekollaps, Hitzschlag und sogar zum Tod kommen. Gerade an Hitzearbeitsplätzen im Au-Benbereich wie etwa Baustellen sind solche fatalen Folgen nicht unwahrArbeiten bis zum Umfallen? Das darf es nicht geben, daher war es uns sehr wichtig, dass wir auf die klimatischen Veränderungen reagieren und die Hitzefreiregelungen verbessern. Niemand kann bei diesen Temperaturen in der prallen Sonne – ohne "Fluchtmöglichkeiten" in den Schatten – bis zu 12 Stunden arbeiten. Deshalb sind wir stolz, dass wir eine Temperatursenkung bei der Hitzeregelung auf 32,5 Grad erreichen konnten.

Abg. z. NR Josef Muchitsch, GBH-Bundesvorsitzender

scheinlich. Aber auch an Arbeitsplätzen in Innenräumen wie Küchen, Büros und Spitälern sind aufgrund der teils durch Hitze stark reduzierten Konzentrationsfähigkeit bereits viele Beeinträchtigungen der Arbeitsleistung gegeben. Nicht zuletzt nimmt auch die Unfallgefahr zu.

Hitzefrei am Bau

Seit 2013 haben Bauarbeiter die Möglichkeit, bei hohen Außentemperaturen die Arbeit – auf Anweisung des Arbeitgebers – einzustellen. Bisher lag die

Temperaturgrenze bei 35 Grad Celsius. Sie wurde mit Erfolg bei den Kollektivvertragsverhandlungen auf 32,5 Grad Celsius gesenkt.

Magazin Gesunde Arbeit
Hilfe, Hitze! Wenn's heiß hergeht
Mehr zum Thema und zu den Auswirkungen des Klimawandels auf Arbeit
und Gesundheit gibt es im Magazin
Gesunde Arbeit, dem Fachmagazin
von ÖGB und AK zu Sicherheit und
Gesundheit in der Arbeit unter
www.gesundearbeit.at/magazin

Arbeitest du um 2,41 Euro/Stunde?

INTERNATIONALES. Lohndumping am Bau: EU-Beschwerde gegen Slowenien

Am 7. Juni hat GBH-Bundesvorsitzender Abg. z. NR Josef Muchitsch der Kommission in Brüssel persönlich Aufzeichnungen über konkrete Lohndumpingfälle übergeben. Auch die AK hat eine Klage gegen Slowenien nach Brüssel geschickt. Weitere Klagen werden folgen.

Grund für die Beschwerde ist ein "Entsende-Bonus", ein Nachlass bei Sozialversicherungsbeiträgen für slowenische Firmen, wenn diese ihre Arbeiter auf österreichische Baustellen schicken. Muchitsch: "Dieser fragwürdige Bonus ist unfair und widerspricht der EU-Wettbewerbsrichtlinie."

Nicht-EU-Bürger aus Drittstaaten, wie Serbien, Bosnien oder Russland, werden bei slowenischen Unternehmen für einen Tag angemeldet und sofort nach Österreich vermittelt. Slowenien ist bei entsandten Arbeitnehmern zum Transitland Nummer 1 geworden.

Auf einer Baustelle im Bezirk Deutschlandsberg erhielten slowenische Bauarbeiter nur 2,41 Euro Stundenlohn, 80 %



weniger, als ihnen zusteht. Muchitsch: "Ein Bauarbeiter, egal ob entsandt oder nicht, verdient in Österreich durchschnittlich 2.834 Euro brutto im Monat. Das ist die Berechnungsgrundlage für die Sozialversicherungsbeiträge in Österreich und Slowenien. Tatsächlich wird in Slowenien der Sozialversicherungsbeitrag vom slowenischen Durchschnittslohn mit 803 Euro berechnet

und beträgt 129 Euro im Monat, in Österreich 612 Euro. Das ist nicht EUkonform und Inhalt unserer Klage."

Experten der Arbeiterkammer bestätigen mit einer eigenen Beschwerde die Rechtswidrigkeit der staatlichen Beihilfe bei Entsendungen nach Österreich. Muchitsch: "Jede weitere Beschwerde zwingt die EU, endlich zu handeln."

EU-konform

Arbeitnehmer entsandt nach Österreich

Durchschnittsmonatslohn EUR 2.834,00

SV Berechnungsgrundlage in Österreich 100 % vom Lohn davon 16,10 SV-Abgabe

avon 16,10 SV-Abgabe EUR 456,27

Arbeitnehmer angemeldet in Österreich

Durchschnittsmonatslohn

EUR 2.834,00

SV Berechnungsgrundlage in Österreich 100 % vom Lohn

davon 21,58 SV-Abgabe

EUR 611,58

Slowenische EU-widrige Regelung

Grundlage ist der slowenische Lohn, davon 60 %

Durchschnittsmonatslohn EUR 1.339,00

SV Berechnungsgrundlage bei Entsendung 60 % des Durchschnittslohns EUR 803,40

davon 16,10 Prozent SV-Abgabe zu zahlen EUR 129,35

Illegaler Entsendebonus 326,93 AN/Monat

www.facebook.com/deinegbh



Wohnen muss wieder leistbar werden

UMWELT + BAUEN. Aus für Wohnbauinvestitionsbank (WBIB) war ein "Knieschuss"

Wohnen ist in den vergangenen Jahren deutlich teurer geworden

Um durchschnittlich 13 Prozent stiegen die Mieten, Eigentumswohnungen und Häuser wurden sogar um mehr als 25 Prozent teurer. Das zeigen aktuelle Zahlen der Statistik Austria.

Eines zeigt sich auch ganz deutlich: Je höher der Anteil an gefördertem Wohnraum ist, desto niedriger sind die Durchschnittsmieten.

43 % der Bevölkerung leben in Mietwohnungen, knapp acht Euro pro Quadratmeter und Monat war im Vorjahr die durchschnittliche Miethöhe inklusive Betriebskosten. Konrad Pesendorfer, Generaldirektor der Statistik Austria, bekräftigte kürzlich in einem ORF-Radiointerview, dass das geförderte Mietsegment einen dämpfenden Effekt auf die Gesamtentwicklung der Wohnkostensituation darstellt.

Die GBH beschäftigt sich seit langem mit dem Thema "leistbares Wohnen" und hat mit der Initiative UMWELT+BAUEN maßgeblich an der Entstehung einer Wohnbauinvestitionsbank (WBIB) mitgewirkt.

Diese hätte gerade das gemeinnützige Segment mit günstigen Krediten stärken sollen und damit die Wohnbautätigkeit und leistbares Wohnen in Österreich maßgeblich mitgestalten können. Allein: Die WBIB wurde, knapp, bevor sie ihre operative Tätigkeit beginnen konnte, von der türkis-blauen Bundesregierung kommentarlos gekippt. Damit hat die Regierung aktiv den Bau von 30.000 günstigen Wohnungen verhindert. Die WBIB hätte 700 Millionen Euro an Krediten an Bauträger vergeben können, damit diese leistbare Wohnungen bauen – ohne dass Kosten für Österreich entstanden wären. Doch das hätte die Mietpreise auch am freien Markt gesenkt – und das ist nicht im Interesse der Immobilien-Wirtschaft, die viel Geld an Sebastian Kurz und die ÖVP gespendet hatte.

Die Bau-Sozialpartner haben mit Unterstützung zahlreicher ausgewiesener ExpertInnen die WBIB auf den Weg gebracht, die türkis-blaue Regierung hat sie aus den Schienen geworfen. Ein weiterer Knieschuss dieser Bundesregierung – leider hauptsächlich in die Knie jener, die leistbaren Wohnraum brauchen.

Abg. z. NR Josef Muchitsch, GBH-Bundesvorsitzender

Muchitsch: 2 Tage für soziale Gerechtigkeit

Abstimmungsverhalter	n: A	rbeit	&	Sozi	ales
Auf den Weg gebracht	SPÖ	ÖVP	FPŌ	NEOS	JETZT
Einführung Papamonat					•
Freiwillige Einsatzorganisationen	6	•	6	7	6
Anrechnung Karenzzeiten	6	7	- 6	6	6
Abschlagfreies Sonderruhegeld	6	7	6	7	6
Erreichbarkeit Sonderruhegeld	6	7	6	7	6
Blockiert					
X Arbeitskräfteüberlassung	6	7	7	7	6
Mindestpension 1.200 Euro	6	7	7	7	6
Sozialverantwortungsgesetz	6	7	7	7	6
X Feiertag am Karfreitag	6	7	7	7	6

PARLAMENT. Hochbetrieb im Parlament – vor allem die Opposition nutzte die Gunst der Stunde. 9 Anträge kamen von GBH-BV und Obmann des Ausschusses für Arbeit und Soziales Abg. z. NR Josef Muchitsch. Eines hat das Abstimmungsverhalten klar und deutlich aufgezeigt: mit einer Kurz-ÖVP ist keine Sozialpolitik zum Wohle unserer Bevölkerung zu machen. Leider!

Die neue Bundesregierung präsentierte sich dem Nationalrat und bekam einen großen Vertrauensvorschuss. Während Altbundeskanzler Kurz wahlkämpfend durch Österreich zieht, arbeiten die Abgeordneten aller Fraktionen im Parlament. Dabei konnten viele soziale Themen auf Schiene gebracht werden.

Die Oppositionsparteien nutzen das Spiel der freien Kräfte, da ÖVP und FPÖ nach ihrem Regierungsbruch nicht mehr an den Koalitionspakt gebunden sind.

32 Anträge bekamen eine Mehrheit für eine Fristsetzung zur Beschlussfassung noch im Juli

Vor allem die SPÖ nutzte die Gunst der Stunde, um wichtige Anträge zum Wohl der Bevölkerung und für mehr soziale Gerechtigkeit auf Schiene zu bringen. Dabei waren vor allem Themen aus dem Bereich "Soziales und Arbeit", welche endlich wieder Mehrheiten fanden.

Nach Zuständigkeit hat Sozial- und Arbeitsausschussobmann Abg. z. NR Josef Muchitsch mit 9 Fristsetzungsanträgen die meiste Arbeit bis zur Beschlussfassung ausgefasst. Alle Anträge werden am 27. Juni im Sozialausschuss behandelt, bevor sie im Juli dem Parlament zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Da wird sicherlich noch sehr viel Inhaltliches zwischen den Parteien diskutiert. Muchitsch rückblickend: "Eines hat das Abstimmungsverhalten gezeigt: Kurz und seine Türkisen stehen bei sozialen Themen voll auf der Bremse. Schlimm für eine Partei, die sich einmal christlich und sozial genannt hat."

GBH und Caritas wollen Aktion 20.000 retten

Die Aktion, durch die ältere Arbeitslose einen Job fanden, läuft aus.

Anfang 2018, als die Aktion flächendeckend ausgerollt werden sollte, drückten ÖVP und FPÖ die Stopptaste. Jene, die bereits vermittelt wurden, durften bis Ende Juni 2019 bleiben.

Die Erfahrungen zeigen, wie wichtig diese Aktion für die Menschen ist, weil viele in ihrer persönlichen Entwicklung, im sozialen Verhalten oder in ihrer Kommunikationsfähigkeit große Fortschritte gemacht haben. Die Caritas ist bereit, einen Teil der Mitarbeiter bis zu ihrer Pension zu übernehmen. Dazu muss die Aktion 20.000 jedoch wieder gestartet werden!

www.facebook.com/deinegbh



Kurz-Regierung verdiente Ve

REGIERUNGSKRISE. Ein nationaler Schulterschluss für Stabilität wäre die richtige Antwort auf den Strache-Ibiza-Skandal gewesen, nicht Wahlkampf und Taktieren ab der ersten Sekunde.

Ein Misstrauensantrag und das Absetzen einer Bundesregierung durch den Nationalrat ist kein alltäglicher, aber in einer Demokratie ein durchaus möglicher Vorgang, der in unserer Verfassung klar geregelt ist.

In Belgien gab es ein Jahr lang eine Expertenregierung. Wie verantwortungsvoll die Nationalratsabgeordneten mit diesem Instrument umgehen, zeigt, dass es das erste Mal in der 2. Republik notwendig geworden war, einer Bundesregierung das Misstrauen auszusprechen.

Hautnah am Geschehen mit dabei war GBH-BV Abg. z. NR Josef Muchitsch.

Warum versagte eine Mehrheit im Nationalrat Kurz und seiner Minderheitsregierung das Vertrauen?

Sein Vorgehen seit dem Bekanntwerden des Ibiza-Videos war alles andere als vertrauenswürdig. Statt sofort alle Oppositionsparteien zu Gesprächen über eine Lösung einzuladen, hat Kurz jeden Auftritt dafür genutzt, um Wahlkampf für seine Person zu führen. Vertrauenswürdig und richtig wäre gewesen, umgehend einen nationalen Schulterschluss für Stabilität auszurufen.

Es herrscht auch die Meinung, die SPÖ hätte sich mit ihrem erfolgreichen Misstrauensantrag an Kurz gerächt, stimmt das nicht auch?

Menschlich gesehen kann dieser Eindruck entstehen. In seiner gesamten Regierungsdauer missachtete Kurz das Parlament und stellte allein sein Streben nach Macht in den Vordergrund. Das begann damit, dass Kurz den Sturz seines Vorgängers Mittlerlehner minutiös plante und vor zwei Jahren eine funktionierende Regierung sprengte. Schon damals rief er Neuwahlen aus, weil ihm die Umfragedaten gerade gute Werte bescheinigten. Nun endete es mit seinem untauglichen Versuch, im Zuge der Ibiza-Affäre eine ÖVP-Alleinregierung zu installieren. Zuvor sollte die FPÖ den Innenminister opfern. Ich unterstreiche nochmals meine Aussagen dazu, in der Ibiza-Angelegenheit kann ich eine Abwahl von Kickl nicht nachvollziehen. Da ging es Kurz alleine um die Schwächung seines Koalitionspartners.

Im Zuge der Plenarsitzung bei seiner Abwahl wurde Kurz auch fragwürdiges Demokratieverständnis vorgeworfen, wie erklärst du das?

In der österreichischen Demokratie herrschte in der gesamten 2. Republik der Gedanke des Ausgleichs der Interessen. Gesetze werden in Ausschüssen diskutiert, begutachtet, wenn nötig abgeändert und erst dann schließlich beschlossen. Kurz hat mit seiner Regierung Gesetze ohne ordentliche Begutachtungsfrist durchgepeitscht. Gesetze, die massive Auswirkungen gerade auf die Beschäftigten in Österreich haben von der Arbeitszeitverlängerung bis zur Zerschlagung der Sozialversicherung. Mein Vorschlag, gemeinsam an einem neuen Arbeitszeitgesetz über die Sommermonate zu arbeiten, wurde einfach vom Tisch gewischt. Auch sämtliche fachliche Einwände der Experten, NGO, Plattformen und Interessensvertretungen wurden ignoriert. Beschlossen wurde mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ genau das, was die Regierung Kurz wünschte. So ein Vorgehen ist in einer Demokratie untragbar.

Hätte nicht auch das Parlament das Gespräch mit Kurz suchen sollen?

Haben wir, aber Kurz hat sich gekonnt versteckt. Bei sämtlichen heißen Themen glänzte er durch seine Abwesenheit im Parlament. Er suchte in seiner gesamten Regierungszeit niemals das Gespräch mit der Opposition, obwohl das in einer Demokratie selbstverständlich sein sollte. Nicht einmal bei der Schaf-



rtrauen der Arbeiter nicht

REGIERUNGSKRISE. Die ÖVP hat bis zum Wahltag Zeit, aus einer autoritären und türkisen, rechtspopulistischen wieder eine staatstragende schwarze Partei zu werden.

fung der Übergangsregierung nach dem Ibiza-Skandal fand er es der Mühe wert, sich mit allen Parteien zu beraten. Vielmehr versuchte er, eine ÖVP-Alleinregierung durchzusetzen, indem er den von ihm ausgesuchten ExpertInnen zuvor türkise Vertrauensleute in die Kabinette setzte. Die Parlamentsparteien wurden erst danach informiert. Das hat nichts mit verantwortungsvollem Handeln zu tun.

Also schwächt Kurz die Demokratie?

Ja, leider! Drüberfahren bei Gesetzesentwürfen und das Ignorieren ausgewiesener ExpertInnen zeugt von einem eigenen Demokratieverständnis bei Kurz. Ein solches bewies er auch, als er zuschaute, wie die FPÖ versuchte, die Meinungsfreiheit in Österreich auszuhebeln. JournalistInnen müssen frei und unabhängig berichten dürfen. Eine Regierung darf sie dabei nicht einschränken, denn die Menschen haben ein Recht darauf, umfassend und wahrheitsgetreu informiert zu werden.

Es gab auch immer Vorwürfe einer Medienkontrolle von Kurz ...

Inserate der Regierung wurden danach aufgeteilt, welche Zeitungen positiv be-

richteten. Er akzeptierte, dass der Innenminister in einem "Maulkorberlass" festsetzte, dass nur "regierungstreue" Medien umfassend informiert wurden. Er schaute ungerührt zu, wie die FPÖ unabhängige JournalistInnen attackierte und ihnen drohte. Den Innenminister wollte Kurz erst absetzen, als es ihm wahltaktisch in den Kram passte.

Die EU-Wahl brachte einen Sieg für die ÖVP. Waren die Warnungen, dass Kurz unseren Sozialstaat zerschlagen will, unberechtigt?

Die Großspender bestellten, die Regierung lieferte. Alles, was diesem Prinzip im Wege stand - Sozialpartner, ExpertInnen, NGO - wurde geschwächt, ignoriert und beiseite geschoben. Das Ergebnis dieser türkis-blauen Politik: Die 60-Stunden-Woche, die Schwächung der Unfallversicherung, die Zerschlagung der Kranken- und Pensionsversicherung, das Streichen von Arbeitsmarktprogrammen, die Kürzung der Sozialhilfe und vieles mehr. Alles Maßnahmen, deren volle Auswirkungen in Österreich noch gar nicht abschätzbar sind. Die türkis-blaue Bundesregierung hat keine einzige Maßnahme umgesetzt, die den Beschäftigten wirklich etwas bringt.

Als einen weiteren Grund, Kurz das Misstrauen auszusprechen, wurde seine angebliche Machtpolitik genannt. Wie begründest du das?

Die Regierung Kurz-Strache hat Machtpolitik statt Sachpolitik betrieben. Weil sie das Parlament als wichtigsten Gestalter in einer Demokratie eiskalt ausgeschaltet und mit den eigenen Abgeordneten als "Erfüllungsgehilfen" missbraucht hat. Weil sie nie den ehrlichen Dialog mit dem Parlament und Experten gesucht hat, über berechtigte Einwände 'drübergefahren' ist und ihre wahren Absichten mit Hilfe eines unüberschaubaren Apparats von Öffentlichkeitsarbeitern verschleiert hat. Die Parlamentarier hatten aus all diesen Gründen zu Recht kein Vertrauen mehr in diese Bundesregierung.

Abschließend, wie sollte es nun weitergehen?

Nun ist die Expertenregierung am Zug, die in Österreich wieder den Anstoß zu Sachpolitik geben soll. Reine Machtpolitik muss im Sinne unserer Demokratie endlich der Vergangenheit angehören. Wir müssen einen überparteilichen Schulterschluss für Stabilität und Vertrauen in die Politik schließen.

Schluss mit Taktieren!
Stabilität, Rückgrat und Fairness
sind jetzt gefragt.



Machtverschiebung Richtung Wirt

18 MONATE TÜRKIS-BLAU Arbeitszeitverlängerung, Machtverschiebung bei der Sozialversicherung Richtung Wirtschaft, Zerschlagung der Selbstverwaltung, Kontrolle der Medien, Drüberfahren im Parlament ohne Einbindung von Experten, Sozialpartner und NGO, Schwächung der Arbeitnehmer-Vertretung sowie viele skandalöse rechtsradikale "Einzelfälle" seitens der FPÖ.

Am 27. Mai wurde Sebastian Kurz von einer Mehrheit im Parlament das Misstrauen ausgesprochen.

Nach seinem Verhalten im Zusammenhang mit der Ibiza-Affäre durchaus nachvollziehbar. Er war nie wirklich gewillt, eine saubere Übergangslösung bis zur Neuwahl im Herbst zu suchen. Seine Missachtung des Parlaments gipfelt im "Handy-Spielen" während der Debatte zum Misstrauensantrag gegen sich im Parlament.

Der skandalöse Inhalt aus dem Ibiza-Video war Auslöser für die Regierungskrise: Strache wollte unser Wasser verscherbeln, österreichische Bauarbeiter den Russen ausliefern, die Krone übernehmen, die Finanzmarktaufsicht ausschalten und zeigte dubiose Wege zur Parteienförderung auf und nannte Sponsoren auch für die ÖVP.

Das Skandalvideo aus Ibizia von Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus hat die Kurz-Strache-Regierung nach nur 1,5 Jahren gesprengt. Geprägt war diese Regierung von sogenannten "Reformen" und deren durchorganisierter einseitiger Platzierung in den Medien -Stichwort "Message Control". Die stakkatoartig präsentierten Schnellschuss-Maßnahmen waren allerdings von Skandalen begleitet - wie den rechten FPÖ-Einzelfällen und der BVT-Affäre rund um das Innenministerium. Zu einer Besserstellung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist es nicht gekommen.

Die ersten türkis-blauen Großprojekte: Arbeitszeitverlängerung und Machtverschiebung innerhalb unseres Sozialsystems

Im ersten Jahr 2018 brachte die Regierung gleich zwei größere arbeitnehmer-

feindliche Maßnahmen auf den Weg: die von Wirtschaft und Industrie bestellte und von ÖGB-GBH und AK scharf kritisierte Arbeitszeitverlängerung ("60-Stundewoche/12-Stundentag") sowie die 2019 gestartete, Milliarden Euro verschlingende "Zerschlagung" der Gebietskrankenkassen samt Schwächung der Arbeitnehmerseite. Beides wurde ohne Einbindung der Sozialpartner, Experten und NGO dank der türkis-blauen Mehrheit durchs Parlament gepeitscht in Anlehnung an das Motto "speed kills" der Schüssel-Grasser-Regierung.

Kein Streit, zumindest in der Öffentlichkeit, war das Motto. Dazu wurde eine eigene Kommunikationsabteilung im Bundeskanzleramt installiert

Angetreten waren Kurz und Strache mit dem festen Vorsatz, keine Konflikte in der Öffentlichkeit auszutragen und einen "neuen Stil" in der Politik zu leben. Aus diesem Grund wurde eine eigene Kommunikationsabteilung mit 120 zusätzlichen Medienexperten im Bundeskanzleramt installiert. Laut einer parlamentarischen Anfragebeantwortung verursachte dieses neu geschaffene Büro exakt 261.378,94 Euro zusätzliche Personalkosten alleine von September bis Dezember 2018. Das gesamte Regierungs-Wording wurde dadurch vom Bundeskanzleramt aus kontrolliert. Auch die Medien wurden großzügig bedient. Die türkis-blaue Regierung gab um zwei Millionen Euro mehr für Eigenwerbung aus als die Regierung 2017. Es profitierten Boulevard- und Regionalblätter. Kritische Medien bekamen weniger. Von 2017 auf 2018 waren es beim Kurier rund ein Drittel weniger und beim regierungskritischen Falter wurden die Anzeigen sogar um 79 Pro-

Arbeitszeitgesetz NEU bringt nur Verschlechterungen für Arbeitnehmer

Bauarbeiter als Tagespendler

- 1 Stunde hinpendeln zur Baustelle
- 12 Stunden arbeiten
- 1 Stunde unbezahlte Pause
- 1 Stunde heimpendeln

Ergibt 15 Stunden Einsatzzeit pro Tag an 5 Tagen/Wochebis zu 7 Wochen hintereinander



DIE BAU-HOLZ 05-07/2019

schaft und Drüberfahren im Parlament

REGIERUNGSKRISE. Wir haben eine Regierungskrise und keine Staatskrise! Wasser, Strom, Kanal, Müllabfuhr, Krankenhäuser, Zugverbindungen, Schulen, Geschäfte, Kindergärten, Auszahlung von Pensionen – alles ist aufrecht! Türkis-Blau stand für 18 Monate Ignoranz, Ablehnung und Diffamierung seitens der ÖVP/FPÖ gegenüber der Opposition, aber auch Experten und NGO.

zent gekürzt. Damit wollte man eine regierungsfreundliche Berichterstattung gewährleisten.

Erste Risse in der Zweckehe brachte des Rauchverbot

Ähnlich ging die Regierung bei der Aufhebung des von der Vorgängerregierung schon beschlossenen Rauchverbots in der Gastronomie vor. Dieser Schritt war eine der zentralen Forderungen der FPÖ in den Koalitionsverhandlungen, auf die vor allem der Raucher Strache gepocht hatte. Trotz parteiinterner Kritik gab Kurz diesem Drängen nach, und das Verbot wurde mit den türkis-blauen Stimmen tatsächlich gekippt. Der Aufschrei vieler Gesundheitsexperten blieb dabei ungehört.

Querelen wie diese konnte die Regierung mit nahezu im Wochen-Takt vorgestellten Ruck-Zuck-Maßnahmen

überdecken. Auch schlugen sich unpopuläre Maßnahmen oder Skandale kaum auf die Umfragewerte der Koalitionsparteien nieder, dafür sorgte schon die Armee von türkisen, vom Steuerzahler finanzierten, Öffentlichkeitsarbeitern. Aufgewartet wurde etwa mit "Zuckerln" wie dem "Familienbonus", der pro Kind im Jahr Steuererleichterungen bis zu 1.500 Euro bringt. Dass die Maßnahme nur Besserverdiener entlastet, verpuffte ungehört.

BVT-Skandal

Unter Kurz kam es zur größten Umfärbeaktion der 2. Republik, da waren sogar die Maßnahmen der Regierung Schüssel ein "Lercherlschas", heißt es hinter vorgehaltener Hand unter Experten. Für Sand im Getriebe der Koalition sorgte auch die Affäre im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung. Die Hausdurchsuchung im

BVT brachte der blauen Regierungsseite u. a. den Vorwurf der Umfärbe-Versuche ein und bescherte dem Nationalrat einen Untersuchungsausschuss, der bis heute tagt. Im Fokus der Kritik stand Innenminister Kickl. Und nach einem umstrittenen Schreiben seines Ressorts mit Anweisungen zur Kommunikationsstrategie der Polizei sah er sich mit dem Vorwurf der Einschränkung der Pressefreiheit konfrontiert. Hier wäre die Abwahl von Kickl nicht nur verständlich, sondern sogar demokratiepolitisch notwendig gewesen. Die Forderung von Kurz, dass Kickl im Zuge der "Ibiza-Affäre" seinen Posten räumen soll, war reines Machtkalkül von Kurz und einmal mehr der Versuch, diese Regierungskrise zu seinem Vorteil zu nutzen. Dass die FPÖ hier nicht mitspielt, damit hat Kurz sicher nicht gerechnet.

Viele "Einzelfälle" sind "Wiederholungsfälle"

Für Aufregung sorgten auch die unzähligen "Einzelfälle" seit 2018 am äußerst rechten Rand der FPÖ. Aber weder das Aufstellen von Stacheldrähten bei einem Asyl-Quartier im niederösterreichischen Drasenhofen durch den niederösterreichischen FPÖ-Asyllandesrat Gottfried Waldhäusl, das rassistische "Rattengedicht" des Braunauer FPÖ-Vizebürgermeisters oder die Berufung des umstrittenen Malers Odin Wiesinger in den oberösterreichischen Landeskulturbeirat brachten das Fass für Türkis-ÖVP-Chef Kurz zum Überlaufen. Selbst die augenscheinliche Nähe der FPÖ zu den rechtsextremen Identitären konnte die Koalition nicht wirklich ins Wanken bringen. Jedoch zeigte die Nähe zu den Identitären erste Auswirkungen auf die Umfragewerte dieser Regierung.





Wahlkampfspenden veröffentlichen

PARTEIENGESETZ. Die Wähler haben das Recht zu erfahren, wer große Geldsummen an Parteien zahlt – das sagt das Parteiengesetz. Denn große Spenden beeinflussen Politiker, selbst wenn keine Vereinbarungen getroffen sind – das haben viele Studien gezeigt. Werden die Zahlungen dann auch noch verdunkelt und über Vereine verschleiert, wirft das Fragen auf: Wie weit ist man den Wählern, wie weit den Spendern verpflichtet? Das ist nur eine der vielen ungeklärten Fragen rund um den Ibizia-Skandal.

Sozialhilfe NEU

Offiziell gegen Ausländer richtete sich die schon Ende 2018 präsentierte Mindestsicherungs-Reform. Sie bringt jedoch auch für Familien mit mehreren Kindern enorme Einschnitte. Zuwanderer mit schlechten Deutschkenntnissen bekommen nur 65 Prozent der regulären, zukünftig wieder "Sozialhilfe" genannten Leistung. Paradoxerweise wurden jedoch parallel dazu bei den Deutschkursen massive Kürzungen und Personaleinsparungen beschlossen. Dass von insgesamt 142 Stellungnahmen zur türkis-blauen Sozialhilfe NEU lediglich 3 - von der IV, WKO und vom Land Niederösterreich - positiv waren, blieb ungehört und zeigt das fehlende Demokratieverständnis von Türkis und Blau.

Die Regierung zog zu vielen Themen immer wieder die Ausländer-Karte, sei es beim als "Ausländer-Sparpaket" vermarkteten Budget und beim Kopftuchverbot in Kindergarten und Volksschule bis hin zur Mindestsicherung, deren Kürzung auch mit einem hohen Ausländeranteil begründet wurde. Immer wieder verstanden es die Medienexperten aus dem Bundeskanzleramt, massive Einschnitte und Schlechterstellungen vor allem auch für Österreicher geschickt zu verschleiern.

Die echten Gewinner der Kurz-Regierung sind Sponsoren des 13 Mio. Euro teuren Kurz-Wahlkampfs 2017

Noch beim letzten Ministerrat vor der Ibiza-Affäre hat die Regierung die Senkung der Gewinnsteuer von Unternehmen beschlossen. Die sogenannte "Körperschaftssteuer" ist für Unternehmen, was die Einkommensteuer für die Arbeitnehmer ist. Und die sollte von 25

auf 21 Prozent gesenkt werden. 1,5 Milliarden Euro an Einnahmen hätte man so den Konzernen geschenkt.

Das Auftauchen des Strache-Videos hat den Beschluss der Körperschaftssteuersenkung im Nationalrat vorerst verhindert. Bereits beschlossen ist aber, dass Unternehmer weniger Beitrag für die Unfallversicherung ihrer Beschäftigten zahlen. Der staatlichen Unfallversicherung AUVA fehlen damit 500 Millionen Euro. Um diese Summe einzuordnen: 440 Mio. Euro im Jahr zahlt die AUVA für Heilbehandlungen. Weniger Gesundheitsleistungen und höhere Kosten für Arbeitnehmer sind unausweichlich. Für die Unternehmen ist es aber lukrativ. Die KTM des Kurz-Spenders Pierer zahlt beispielsweise auf einen Schlag 480.000 Euro im Jahr weniger. Das heißt: Seine Spende von 436.563 Euro an Kurz im Wahlkampf hat der Konzern in einem Jahr wieder drin.

Sozialhilfe NEU und Hartz IV

im Vergleich 2019 in Euro

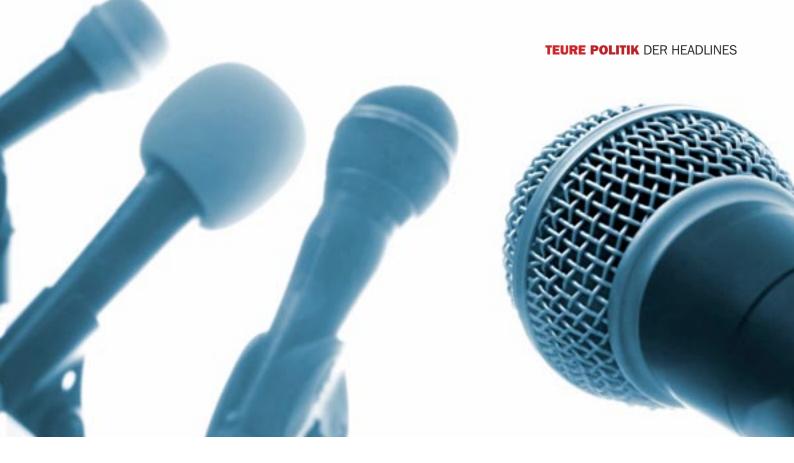
Alleinstehende Person	531	434
Paar ohne Kind	744	782
Paar mit einem Kind (16 Jahre)	1.173	1.218
Paar mit zwei Kindern (16, 14 Jahre)	1.529	1.655
Paar mit drei Kindern (16, 14, 9 Jahre)	1.819	2.070
Paar mit vier Kindern (16, 14, 9, 7 Jahre)	2.126	2.486

Strache, Ibiza und die ÖVP

"Sie spenden 500.000 bis 2 Mio. Euro und wollen weniger Steuern zahlen", erzählt HC Strache im Ibiza-Video. Strache erwähnt im Ibiza-Video, dass "einige Spender auch die ÖVP zahlen". Klar ist, man möchte die Offenlegung der Großspender beim Rechnungshof umgehen.

Wahlkampfspenden offenlegen

Kurz ist noch immer die vollständige Offenlegung seiner Wahlkampfsponsoren schuldig. Mit einer Strafzahlung für die 6-Millionen-Euro Überziehung auf 13 Millionen Euro ist es nicht abgetan.



Medienkontrolle: Teure Sprechblasen

BOULEVARDMEDIEN. Die türkis-blaue Bundesregierung gab Millionen Euro für Inserate speziell in Boulevard-Medien und Öffentlichkeitsarbeit aus und leistete sich zahlreiche Pressemitarbeiter. Für die ArbeitnehmerInnen bleibt hingegen kaum etwas übrig.

Auf mehr als 19 Millionen Euro beliefen sich die Werbungs- und Public Relations-Ausgaben der Regierung alleine im 4. Quartal 2018, also in 3 Monaten. Das ist parlamentarischen Anfragebeantwortungen von Ex-Kanzler, Ex-Vizekanzler und Ex-Ministern zu entnehmen.

Rund 44,8 Millionen Euro gaben die Ministerien der ÖVP-/FPÖ-Regierung 2018 für Werbung und PR aus. 2017 wetterte die FPÖ noch, weil die SPÖ-/ÖVP-Regierung 2016 rund 23 Millionen Euro ausgegeben hatte. Wie sich die Meinungen doch ändern können. Das Geld floss zu einem großen Teil in regierungsfreundliche Boulevardmedien, die regierungskritisch berichtenden Medien blieben über. Ihnen sollten auch Informationen vorenthalten werden. Berichteten TV oder Zeitungen zu kritisch, versuchte man die JournalistInnen, mit Drohungen mundtot zu machen. Das hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Art der Berichterstattung und auf die Pressefreiheit. Es war zu befürchten, dass Berichterstattung mehr und mehr zu bezahlten Anzeigen verkommt, die nur nicht als solche gekennzeichnet waren.

Um Medien, die "brav" berichteten, auch gut mit gewünschten Informationen versorgen zu können, brauchte es viele MitarbeiterInnen. Allein Innenminister Herbert Kickl beschäftigte 50 Personen in der Öffentlichkeitsabteilung – für Social Media alleine 20 Personen.

Das Ergebnis dieser Massiv-Werbeoffensive

Die Bundesregierung wollte uns mit schönen Worten und leeren Worthülsen glauben machen, sie leite eine "Veränderung" ein, die den Menschen in Österreich nutzt. Tatsächlich gab es keine einzige Maßnahme, die den Beschäftigten etwas bringt. Um das zu verschleiern, wurden Wortkreationen wie "Patientenmilliarde" oder "Reformdruck" kreiert und so lange wiederholt, bis sie bei möglichst allen angekommen sind.

Gegenmeinungen wurden nur mehr selten gehört bzw. veröffentlicht

Um so wichtiger ist es, verschiedene Medien zu konsumieren und sich selbst ein Bild zu machen. Nicht alles ist wahr, nur weil es in der Zeitung steht.

Kurz-Förderer kaufte 24 % von Krone und Kurier

Strache sprach im Ibiza-Video über einen Deal, der ein Jahr später tatsächlich stattfand: Kurz-Förderer René Benko kauft sich bei zwei Medien ein.

Benko gehört zum Kreis rund um Sebastian Kurz. Kurz wiederum zählt zum Netzwerk des Unternehmers. Der Ex-Kanzler half Benko bei der Übernahme der Möbel-Kette Kika-Leiner in der Wiener Mariahilferstraße. Vor der Nationalratswahl 2017 führt ihn das Kurz-Team als möglichen reichen Geldgeber an.

www.facebook.com/deinegbh DIE BAU-HOLZ 05-07/2019



Jede Regierung an ihren Taten messen

REGIERUNGSKRISE. Richard Dragosits, stv. Bundesvorsitzender der GBH und Vorsitzender der Fraktion Christlicher Gewerkschafter in der GBH (FCG-GBH), im Interview zu Neuwahl und Gewerkschaftsarbeit: "Für uns als FCG in der Bau-Holz steht die Gewerkschaft vor Parteipolitik!"



Unter der Regierung Kurz-Strache gab es kaum Verbesserungen für unsere Beschäftigten. Das habe ich schon immer kritisiert und dazu stehe ich auch. Ex-Vizekanzler Reinhold Mitterlehner hat es sich wirklich nicht verdient, wie Sebastian Kurz mit ihm umgegangen ist, denn Mitterlehner hat hervorragende Arbeit geleistet und immer ein offenes Ohr für unsere Anliegen gehabt.

Richard Dragosits (FCG) stv. Bundesvorsitzender der GBH

Wie siehst du das Ende der türkisblauen Regierung und die Neuwahl im Herbst?

Für uns in der FCG steht immer im Vordergrund, was eine Bundesregierung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich leistet.

Was heißt das konkret?

Unter der Regierung Kurz gab es kaum Verbesserungen für die Beschäftigten – das habe ich schon immer kritisiert und dazu stehe ich auch.

Das heißt, die Neuwahl ist für dich auch eine Chance auf Veränderung?

Ich sehe dadurch die Chance, dass die Sozialpartnerschaft in Österreich wieder jenen Stellenwert erhält, welchen sie verdient. Eine Schwächung der Sozialpartnerschaft ist auch eine Schwächung der Anliegen unserer Bau- und Holzarbeiter, das muss man ganz klar sagen. Reinhold Mitterlehner hat das in der großen Koalition als Vizekanzler erkannt und immer danach gehandelt. Er hat es sich nicht verdient, wie Sebastian Kurz mit ihm umgegangen ist, denn er hat hervorragende Arbeit geleistet.

Was war in der rot-schwarzen Koalition mit Christian Kern und Reinhold Mitterlehner anders als unter Sebastian Kurz und H.C. Strache?

Unter Mitterlehner als Vizekanzler und Wirtschaftsminister haben wir als GBH mit unseren Anliegen sehr viel Gehör gefunden. Nicht umsonst konnten wir in seiner Zeit und mit Unterstützung von Sozialminister Rudolf Hundstorfer sehr erfolgreiche Maßnahmen gegen das Lohn- und Sozialdumping umsetzen und das Überbrückungsgeld sowie die Überbrückungsabgeltung für Bauarbeiter erreichen. Mitterlehner hat die Sozialpartnerschaft, welche für den sozialen Frieden in Österreich verantwortlich ist, wirklich gelebt - er hatte immer ein offenes Ohr für die Anliegen unserer Bauund Holzarbeiter. Dieser Zugang wurde von Sebastian Kurz in der Bundesregierung und Präsident Harald Mahrer in der Wirtschaftskammer massiv verschlechtert. Unsere Anliegen fanden unter diesen beiden Herren überhaupt kein offenes Ohr - ganz im Gegenteil.

Was wünschst du dir von einer neuen Bundesregierung?

Für mich stehen immer die Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die gewerkschaftliche Arbeit - nicht die Parteipolitik - im Vordergrund und das verlange ich auch von allen meinen Kollegen in der FCG. Bei uns in der FCG wird jede Regierung an ihren Taten zum Wohle der Arbeitnehmer gemessen und wenn nötig kritisiert - da ist es uns egal, wer an der Spitze der Bundesregierung und in den verantwortlichen Ministerien sitzt.



Das erste in einer Regierungsbeteiligung, was ich heute zusage ist: Der Haselsteiner kriegt keine Aufträge mehr ... die bekommt sie* dann ...

* die angebliche Russin

H. C. STRACHE, Originalzitat aus dem Ibiza-Video

Strache will österreichische Bauarbeiter an die Russen ausliefern

IBIZA-VIDEO. EX-FPÖ-Chef und Ex-Vizekanzler H. C. Strache hat 11.130 STRABAG-Beschäftigte als Deal für Krone-Kauf angeblicher Russin angeboten. Kam dieser fragwürdige Deal nur nicht zustande, weil die Russin keine Russin war?

Schlimm, was Bundeskanzler Kurz letztendlich mit zu verantworten hat. Er hat mit der FPÖ H.C. Strache und Johann Gudenus in seine Regierung geholt, obwohl er davor auch aus den eigenen ÖVP-Kreisen gewarnt wurde.

Eine alte Weisheit hat sich im Ibiza-Video bewahrheitet: "B'soffene sagen die Wahrheit!"

Original-Zitat Strache: "Das Erste in einer Regierungsbeteiligung, was ich heute zusagen kann, ist, der Haselsteiner kriegt keine Aufträge mehr! Und dann haben wir ein Riesenvolumen an infrastrukturellen Veränderungen, dann soll sie (Anmerkung: die angebliche Russin) eine Firma wie die STRABAG gründen. Weil alle staatlichen Aufträge, die jetzt die STRABAG kriegt, kriegt sie dann."

Es ist schlimm, wenn ein Vizekanzler ein österreichisches Bauunternehmen fertig machen und 11.130 STRABAG-Beschäftigte in Österreich um ihren Job bringen will.

Abgesehen davon, dass bei öffentlichen Aufträgen – wenn es nach Strache geht – ein österreichisches Unternehmen nicht mehr zum Zug kommen soll, zählen für Strache Vergaberichtlinien offenbar auch nicht.

Abg. z. NR Muchitsch ist erzürnt über so viel Frechheit: "Strache wollte 11.130 Arbeiter der STRABAG Österreich um ihren Job bringen. Eine Sauerei. Soviel zur Partei des kleinen Mannes und sozialen Heimatpartei. Schuld an der Misere trägt Altkanzler Kurz, er hat solche Gedanken in die Regierung geholt."

+++ KLIMAZIELE +++

Österreich verfehlt Klimaziele!

Milliardenzahlungen drohen



Wie Ex-Umweltministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) in einer vom "Standard" zitierten Anfragebeantwortung sagt, könnten von 2021 bis 2030 – je nach CO2-Preis – Kosten von 1,6 bis 6,6 Mrd. Euro für den Kauf von Emissionszertifikaten anfallen.

Damit bestätigt die zuständige Ex-Ministerin Berechnungen mehrerer Wissenschafter, die bereits seit langem vor den hohen Kosten des Klimawandels warnten, weil Österreich die Klimaziele verfehlt. Demnach wird Österreich mit 50,9 Millionen Tonnen CO2-Äquivalent um mehr als drei Millionen Tonnen zu viel ausstoßen.

Wir fragen uns ...

- Warum wurde das fertige Modell einer Wohnbauinvestitionsbank gekippt?
- Warum wurde der erfolgreiche Sanierungsscheck nicht weiter ausgebaut?
- Die GBH-Initiative Umwelt + Bauen hat bereits vor Jahren Lösungsvorschläge aufgezeigt. Wann wird endlich gehandelt?



Immer wieder kommt es vor, dass Beschäftigte von ihren Chefs über den Tisch gezogen werden. Löhne werden nicht ausbezahlt, Zulagen vorenthalten, das Arbeitszeitgesetz missachtet uvm. Gut, dass Gewerkschaften und AK für die Beschäftigten da sind, sie beraten und wenn nötig die offenen Ansprüche einklagen.

Besonders "krasse" Fälle, die aber so und so ähnlich immer wieder vorkommen

Chef wollte Krankenstand in Urlaubstage umwandeln

Im Bezirk Neunkirchen (NÖ) wurde ein 46-jähriger Bauarbeiter ausgerechnet zwei Tage vor dem vereinbarten Urlaubsantritt krank und musste drei Wochen in den Krankenstand. Genauso lange hätte auch sein Erholungsurlaub dauern sollen.

Bei der Lohnzettelabrechnung musste er feststellen, dass sein Chef ihm für den Krankenstand 15 Urlaubstage abgezogen hatte. Seine Beschwerde im Lohnbüro wurde abgewiesen, der 46-Jährige wandte sich an die AK Niederösterreich. "Durch unsere Intervention wurde dem Mann zu seinem Recht verholfen", so AK-Niederösterreich-Präsident Markus Wieser. Die Urlaubstage wurden erstattet, der Betroffene bekam 1.800 Euro.

Vor allem in der Baubranche kommen diese Fälle immer wieder vor. Firmen ersparen sich mit "Urlaubsumwandlungen" eine Menge Geld

Maurer nicht angemeldet

Ein Maurer war insgesamt sieben Jahre lang in einem Bauunternehmen in Rust im Burgenland beschäftigt. Zwei davon hatte man ihn ohne sein Wissen gar nicht angemeldet, danach wurde er als Teilzeitbeschäftigter geführt und weit unter dem Kollektivvertrag entlohnt.

Darüber hinaus wurde er von seinem Arbeitgeber oft als Kellner oder für diverse Sanierungsarbeiten herangezogen. Der Ungar arbeitete 40 Stunden und mehr zu einem Stundenlohn von nur 5 Euro. Weihnachts- und Urlaubsgeld erhielt er nie.

"Leider kam der Mann erst nach Ende des Dienstverhältnisses zu uns und es fehlten auch detaillierte Aufzeichnungen seiner Arbeitszeiten. Deshalb konnten wir nicht mehr für ihn herausholen", so AK-Jurist Martin Sugetich.

Aber obwohl einige Forderungen verjährt waren, durfte sich der Maurer durch das Einschreiten der AK über eine Nachzahlung von 5.500 Euro freuen.

71 Überstunden waren einfach weg

Als ein Bauarbeiter nach seiner Kündigung die Endabrechnung durchsah, traute er seinen Augen nicht. 71 Arbeitsstunden waren plötzlich "verschwunden", obwohl er sie nachweislich geleistet hatte.

Als Hilfsarbeiter war der 29-Jährige 14 Monate auf diversen Baustellen tätig. Dann flatterte ihm die Kündigung ins Haus. Seine Lohnzettel hatte sich der Mann Gott sei Dank aufgehoben, er ließ diese dann in der AK NÖ im Rahmen der Endabrechnung prüfen. Und die Experten schlugen Alarm: Ihnen zufolge fehlten 71 Stunden auf den Belegen und auch die ihm zustehenden Diäten wurden dem Arbeitnehmer nicht ausbezahlt.

Die Intervention war erfolgreich und brachte dem Bauarbeiter 2.800 Euro netto.

Trotz Wiedereinstellungszusage Job nicht bekommen

n der Baubranche ist es oft Praxis, Beschäftigte im Herbst zu kündigen und ihnen eine Wiedereinstellung im Frühjahr zu versprechen. So ging es auch einem Laderfahrer, der bei einer Baufirma im Bezirk Steyr-Land beschäftigt war. Wegen der Wiedereinstellungszu-

sage ließ er mehrere Jobs sausen, doch die Zusage hielt nicht.

Mitte April 2017 kam dann die Hiobsbotschaft: Man werde ihn doch nicht wiedereinstellen, hieß es von Seiten der Baufirma. Der Laderfahrer wandte sich an die AK-Bezirksstelle in Steyr. Die Arbeiterkammer klagte eineinhalb Monatslöhne, die aliquoten Sonderzahlungen und die Kündigungsentschädigung ein. In einem Vergleich zahlte die Firma schließlich 2,400 Euro brutto.

3.000 Euro für Bauhilfsarbeiter

Ein Bauhilfsarbeiter arbeitete zweieinhalb Monate für eine Linzer Firma und leistete dabei mehr als 40 Überstunden. Der Arbeitgeber war allerdings nicht gewillt, diese auch zu bezahlen. Auch die kollektivvertraglichen Diäten und den Lohn für den letzten Monat des Arbeitsverhältnisses blieb der Firmenchef schuldig. Der Arbeitnehmer wandte sich an die AK Oberösterreich. Weil auch eine Intervention der AK nichts fruchtete, wurden sämtliche Ansprüche des Arbeitnehmers eingeklagt. Erst nach dem rechtskräftigen Zahlungsbefehl zahlte der ehemalige Chef dem Bauhilfsarbeiter sämtliche Ansprüche in der Höhe von mehr als 3.000 Euro aus.

"Es ist immer wieder erstaunlich, wie respektlos manche Firmenchefs mit ihren leistungswilligen Beschäftigten umgehen. In diesem Fall hat ein Mann innerhalb von zweieinhalb Monaten mehr als 40 Überstunden gemacht. Wenn die Firma ihm dann mehr als 3.000 Euro schuldig bleibt, zeugt das von besonders geringer Wertschätzung", sagt AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer.

Lohn ausständig? Fragen zu Zulagen, Überstunden etc.? Wende dich an deine GBH-Landesorganisation!

Bauarbeiter war nicht versichert: **Scheinanmeldung**



WOFÜR ÖGB?

Als Österreichischer Gewerkschaftsbund sind wir eine Bewegung, die ihren 1,2 Millionen Mitgliedern verpflichtet ist. Wir orientieren uns an ihren Bedürfnissen und kämpfen für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse.

Wofür? Für alle unsere Mitglieder und ganz speziell für dich.

Für dich und deine Freizeit, für dich und deine Familie. Für Gleichstellung. Für starke Mitbestimmung. Für gesunde und gerechte Arbeitsbedingungen. Für faire Einkommen. Und für vieles, vieles mehr.

DAFÜR SIND WIR DA.
Linktipp: dafuer.oegb.at

WOFÜR LOHNT SICH UNSERE ARBEIT? DAFÜR!

Wir suchen KollegInnen, die allen zeigen, worum es geht: Gib uns Beispiele, wie sich die Ergebnisse unserer tagtäglichen Arbeit ganz konkret im Leben auswirken. Welche gewerkschaftlichen Errungenschaften und welche Vorteile sind für dich am wichtigsten? Schreib uns in ein oder zwei Sätzen, wofür sich unsere Arbeit ganz besonders lohnt: dafuer.oegb.at

Ein aktueller Fall zeigt, wie wichtig die EU-Arbeitsbehörde ist. Ein Sitz in Österreich wurden von Türkis-Blau verhindert.

Ab September 2016 arbeitete Ismael V. als Schaler auf einer Wiener Baustelle in der Nähe des Hauptbahnhofs.

Die Bedingungen waren hart, wie Ismael V. berichtet: "Zu fünft mussten wir in einer Unterkunft von nur 20 Quadratmetern leben." Ab November 2016 erhielt er zusammen mit 30 anderen Bauarbeitern keinen Lohn mehr. Ismael V. sagt: "Viele konnten sich nicht einmal mehr etwas zu essen leisten." Als er sich an einem Nagel verletzte, musste er ins Spital.

Dann die böse Überraschung

Herr V. bekam eine Zahlungsaufforderung über die Behandlungskosten von rund 300 Euro. Und das, obwohl er seines Wissens über die slowakische Entsendefirma in der Slowakei krankenversichert gewesen war. Doch die Firma in Bratislava war eine Scheinfirma, niemand hat je dort vor Ort gearbeitet. Die

Arbeitnehmer wurden ausschließlich für Wien aufgenommen und hätten richtigerweise in Wien zur Sozialversicherung angemeldet werden müssen.

Die Krankenkasse ging dem Fall nach und dann wurde es richtig kompliziert: Die slowakische Firma existierte laut Firmenregister gar nicht, stattdessen kam eine Bescheinigung aus Portugal als Sitz der Entsendefirma. Ismael V. musste gemeinsam mit der AK ein Jahr lang um sein Geld streiten. Mit Erfolg: Die Versicherung von Herrn V. bei der Wiener Gebietskrankenkasse zum Zeitpunkt des Unfalls wurde anerkannt.

Mit der neuen EU-Arbeitsbehörde wäre diese Frage wesentlich schneller zu klären gewesen.

Trotzdem versagte die österreichische Bundesregierung der Arbeitsbehörde jede Unterstützung und hat sich auch nicht um deren Sitz beworben.



Die Kurz-und-Strache-Bundesregierung hat unsere Appelle leider nicht gehört. Sogar beim ÖGB-Bundeskongress war unsere Forderung nach einer EU-Arbeitsmartkbehörde mit Sitz in Österreich eines der Hauptthemen und eine gemeinsame Forderung. Leider hat das die türkis-blaue Bundesregierung blockiert und die Behörde hat ihren Sitz in Bratislava bekommen. Aus Sicht der GBH keine optimale Wahl.

22 DIE BAU-HOLZ 05-07/2019

Arbeiten, um zu leben und nicht leben, um zu arbeiten

GBH-LEITANTRAG. GBH-Konferenzen beschließen Leitantrag und somit die Grundlage für das GBH-Arbeitsprogramm der nächsten Jahre.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unseren Branchen arbeiten körperlich schwer. Unter schwierigsten Arbeitsbedingungen erbringen sie täglich in Produktionshallen und im Freien bei Hitze, Kälte, Wind und Regen hervorragende Leistungen.

Aus diesem Grund haben wir 7 Leitlinien und Kernziele für unsere zukünftige Arbeit definiert:

- **1.** Beschäftigung sichern
- **2.** Einkommen steigern
- **3.** Betriebsräte stärken
- 4. Aus- und Weiterbildung forcieren
- **5.** Sozialsystem ausbauen
- **6.** Faires Steuersystem
- **7.** Demokratie leben und sozialen Frieden erhalten

Die GBH ist eine aktive Gewerkschaft, deren Zielsetzung eine **gerechte**, **sichere Arbeitswelt für Mitglieder** ist.

Nur ein **hoher und ständig steigender Mitgliederstand** kann die soziale Stabilität gewährleisten und somit bereits Erreichtes auch zukünftig sichern.

Die GBH sieht es auch als eine ihrer Kernaufgaben, die Gesellschaft und die Wirtschaft in Österreich, aber auch in der Europäischen Union und über die europäischen Grenzen hinaus aktiv mitzugestalten. Viele Probleme – wie Lohn- und Sozialdumping, Integration und Migration – enden nicht an der österreichischen Staatsgrenze und können nur gemeinsam grenzübergreifend gelöst werden.

Die GBH bekennt sich zur Sozialpartnerschaft auf Augenhöhe. Im Rahmen einer gelebten Sozialpartnerschaft wollen wir weiterhin Zukunftsvisionen und Konzepte gemeinsam erarbeiten, einbringen und umsetzen, um so die Lebenswelt der Beschäftigten zu verbessern.

Die GBH setzt sich für eine intakte Umwelt ein und will den künftigen Generationen ein lebenswertes Österreich nachhaltig sichern. Mit der Initiative UMWELT + BAUEN haben wir bewiesen, dass Bauen und Umwelt nicht im Widerspruch stehen müssen.

Die GBH setzt sich für Chancengleichheit von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen ein. Wir wenden uns gegen Diskriminierung im Erwerbsleben, sei es beim Zugang, bei der Entlohnung oder beim Karriereverlauf. Der GBH ist die Jugend ein großes Anliegen. Die Aus- und Weiterbildung unserer Jugend muss oberste Priorität haben. Nur gut ausgebildete und gerecht entlohnte Fachkräfte sichern den Wirtschaftsstandort Österreich.

Die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens in Österreich ist eine der obersten Prämissen der GBH. Nur eine "gesunde" mit starkem Einfluss der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgestattete Sozialversicherung ist der Garant für eine sichere Versorgung im Krankheitsfall und eine langfristige Absicherung unseres international anerkannten Sozialsystems.



Führungswechsel in der AUVA

Wie bei den Gebietskrankenkassen wurde auch der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt AUVA eine neue Struktur aufgezwungen.

Die Folgen: Weniger Einfluss für Arbeitnehmer, mehr Einfluss für die Arbeitgeber und bis Jahresende mit dem "alten" Vorstand und dem "neuen" Verwaltungsrat zwei parallel laufende Verwaltungsstrukturen.

GBH NÖ-LGF Rudolf Silvan wechselt nach 11 Jahren an der Spitze der AUVA-Landesstelle Wien in den neu gegründeten Verwaltungsrat der AUVA-Hauptstelle.

In der AUVA-Landesstelle Wien übernimmt GBH-Sekretär Thomas Gerstbauer die Führung. Gerstbauer, der seit 2009 Mitglied des Reha-Ausschusses in der AUVA ist, bringt viel Erfahrung mit: "Ich freue mich auf meine neue Aufgabe und danke Rudolf Silvan als Mitbegründer des Traumazentrums Wien für seine Pionierarbeit."

GBH Wien-LGF Wolfgang Birbamer ist als 1. Obmann-Stv. noch bis Jahresende in der AUVA aktiv.

Im Landesstellenausschuss Salzburg wird GBH-Sekretär Clemens Hofbauer die Interessen der Bau- und Holzarbeiter vertreten, im Landesstellenausschuss Oberösterreich übernimmt GBH-Sekretär Christian Burger diese Aufgabe, im Reha-Ausschuss der Landesstelle Wien, NÖ und BGLD GBH-Sekretär Andreas Hitz.

Silvan bekräftigt: "Die GBH wird weiterhin die Arbeit der AUVA mitgestalten. Unsere Aufgabe wird mit der neuen Struktur nicht einfacher. Umso wichtiger ist es, dass wir als Stimmen aus der Praxis, die aus einer der unfallgefährdetsten Branchen kommen, die Leistungen der AUVA für die Bau- und HolzarbeiterInnen verteidigen."

Gewerkschafter mit Leib und Seele

BUNDESPENSIONISTINNEN. Dank an Emmerich Rakuschan



Nach 15 Jahren an der Spitze übergab Emmerich Rakuschan die Funktion des GBH-Bundespensionist-Innenvorsitzenden an Josef Walter aus der Steiermark.

Geboren 1942, wuchs Rakuschan in Oberösterreich und Wien auf. Er erlernte erst den Beruf des Bau- und Möbeltischlers und bekam bereits damals mit, wie sich eine fehlende Arbeitnehmervertretung auswirken kann. "Ich musste aus gesundheitlichen Gründen auf Erholung fahren, mein Arbeitgeber hat mir das als Urlaub abgezogen", so Rakuschan.

Seit 1959 ist er nun Gewerkschaftsmitglied und freute sich besonders über seine 60 Jahre-Mitgliederehrung bei der Wiener GBH-Landeskonferenz.

Von 1964 bis 1967 wurde er dann zum Pflasterer ausgebildet. "Die Verdienstmöglichkeiten waren in diesem Beruf deutlich besser, auch wenn die Arbeit, die damals noch sehr oft neben fließendem Verkehr stattfand, sehr schwer war", so Rakuschan.

"Statistisch gesehen rutscht ein Pflasterer beim Verlegen von Würfelpflaster in 25 Jahren auf den Knien eine Strecke wie von Wien nach Paris und die Steine, die er in dieser Zeit verlegt, würden einen Zug füllen, der von Wien bis Klagenfurt reicht", hat Rakuschan errechnet.

Seit 1968 war Rakuschan bis zu seiner Pensionierung 1993 immer im Betriebsrat. Gleichzeitig war er gefragter Ausbilder für den Berufsnachwuchs. In der GBH war er seit 1978 Mitglied im Wiener Landesvorstand und seit der Gründung des Wiener Landespensionist-Innenausschusses 1994 in diesem aktiv-Seit 1982 war er auch im Aufsichtsrat der WIBEBA und von 1978 bis 2012 Fachgruppenobmann der Pflasterer.

1993 musste er nach mehreren Knieoperationen in die Berufsunfähigkeitspension gehen – er hat es aber nicht verlernt, sich zu wehren: Als 2001 die schwarz-blaue Bundesregierung eine Besteuerung der Berufsunfähigkeitsund Unfallrenten einführte, stieg er auf die Barrikaden und war wesentlich an der Einbringung einer Sammelklage gegen dieses Vorhaben beteiligt – erfolgreich: Die Besteuerung wurde nicht eingeführt.

Ein Gewerkschafter mit Leib und Seele wird Rakuschan auch weiter bleiben – lieber Emmerich, danke für deinen Einsatz!



6. GBH BundespensionistInnenkonferenz

BUNDESPENSIONISTINNENKONFERENZ. Am 8. und 9. Mai 2019 fand in Wien die 6. BundespensionistInnenkonferenz der Gewerkschaft Bau-Holz statt. Rund 80 Delegierte aus allen Bundesländern waren anwesend.

Als Ehrengäste konnten der GBH-Bundesvorsitzende Abg. z. NR Josef Muchitsch, der Stv. Vorsitzende Richard Dragosits, Bundesgeschäftsführer Mag. Herbert Aufner, Bundesjugendsekretär Albert Scheiblauer und der NÖ LGF Rudolf Silvan begrüßt werden. Von den ÖGB-BundespensionistInnen waren der Vorsitzende Werner Thum und Maria Hajek, von der PRO-GE Monika Kemperle sowie Elisabeth Ficker und Kurt Kumhofer von der GÖD dabei.

Ein Rückblick

In den vergangenen Jahren waren unsere PensionistInnenvertreter stets bemüht, den Kontakt zu befreundeten Organisationen zu halten und diverse Freizeitveranstaltungen für ihre Vertretungsgruppe zu organisieren. Dazu gab es regelmäßige Sitzungen auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene.

Weichen für die Zukunft

Vier Anträge zu den Themen "Keine Bankomat- und Kontogebühren", "Erhöhung der Leistungen der Soliversicherung des ÖGB", "Beschränkung der Funktionsdauer" und eine Abänderung eines Leitantrages wurden einstimmig angenommen. Damit wurde ein ambitioniertes Programm fixiert.

2. Tag: Podiumsdiskussion zum Thema "Pflege Que Vadis?"

Den Einstieg in die Diskussion bildete ein Vortrag von Mag. Silvia Rosoli von der AK Wien.



Bundespensionistenvorsitzender wurde der Steirer Josef Walter

Seine Stellvertreter sind Reinhold Pflügl aus Niederösterreich sowie

Bernd Watscher aus Tirol. Als Frauenvertreterin wurde Elfriede Höckner (Oberösterreich) wiedergewählt.

Faire Arbeit – gutes Leben!

GBH-FRAUEN. Unter diesem Motto standen die internationale Konferenz der Gewerkschaftsfrauen GBH Österreich, IG-BAU Deutschland, UNIA, Schweiz, und die 6. GBH-Bundesfrauenkonferenz im Mai in Wien.



In Arbeitsgruppen setzten sich die Teilnehmerinnen mit den vielfältigen Problemen unserer Zeit auseinander. Umweltbewusstes Konsumverhalten, wie das Kaufen regionaler, saisonaler Lebensmittel oder fairer Kleidung bildet einen Beitrag zu "achtsamem Wirtschaften". Die Frauen fordern, dass die Wirtschaft sich am Wohl der Menschen und nicht an ausschließlicher Gewinnmaximierung orientieren muss.

"Mehr Zeit muss her für Liebe und Fair-Care" beinhaltet die Forderung nach Vereinbarkeit von Beruf und Privat. 32 Wochenstunden sind genug. Auch unbezahlte Arbeit muss wirtschaftlich bewertet werden. Besonderen Applaus erhielten die Frauen, die Ergebnisse aus der Arbeitsgruppe "Geld für ein gutes Leben" auch szenisch darstellten und sie so eindrucksvoll untermalten. Eine Gruppe begrub die unbezahlte Arbeit. Sie brachten zum Ausdruck, dass jedem Menschen ein Leben in sozialer Sicher-

heit und finanzieller Unabhängigkeit zusteht, das ihr oder ihm die volle gesellschaftliche Teilhabe sichert.

Die Frauen aller drei Länder waren sich einig: Internationale Zusammenarbeit der GewerkschafterInnen ist wichtiger denn je. In diesem Sinne gibt es bereits konkrete Pläne für weitere gemeinsame Aktivitäten.

Schulz: Ordentliche Löhne zahlen!

Fairness und die bevorstehenden Europawahlen standen im Mittelpunkt der 6. Ordentlichen GBH-Bundesfrauenkonferenz. GBH-BV Abg.z.NR Josef Muchitsch betonte, wie wichtig grenzüberschreitende Zusammenarbeit für die Gewerkschaftsbewegung ist.

ÖGB-Bundesfrauenvorsitzende Korinna Schumann dankte den "starken Frauen in der GBH" und betonte: "Wir wollen ein modernes, zukunftsgerichtetes Frauenbild, das Chancengleichheit fördert und nicht die alten Zöpfe von früher." EU-Abgeordnete und Gewerkschafterin Evelyn Regner betonte: "Es macht einen riesengroßen Unterschied, wer im Europäischen Parlament sitzt. Unsere gewerkschaftlichen Erfolge, z.B. Helmpflicht, Lärmschutz und vieles mehr, werden gerade lächerlich gemacht. Dagegen müssen wir gemeinsam ankämpfen. Das ist eine riesengroße Respektlosigkeit gegenüber den Beschäftigten von jenen, die wollen, dass Arbeit für sie billiger wird."

Die Bundesfrauenvorsitzende Mag^a Brigitte Schulz betonte in Hinblick auf die Arbeitszeitverlängerung: "Acht Stunden sind genug und für die müssen auch ordentliche Löhne gezahlt werden!" Ein aufrichtiges und großes Dankeschön wurde Brigitte Schulz durch die GBH-Frauen gesagt, war sie es doch, die über die letzten Jahre die GBH-Frauenabteilung wesentlich mit aufgebaut hat.



Arbeit: Einkommen, Anerkennung, Zeit

Neue, mutige Wege wollen die GBH-Frauen mit ihren Anträgen einschlagen. Sie stellen die Frage "Wie wird Arbeit bewertet?", vor allem die unbezahlte Arbeit, die tagtäglich und überwiegend von Frauen geleistet wird. Dazu soll ein Diskussionsprozess über den Wert bezahlter und unbezahlter Arbeit und umfassende soziale Absicherung für alle Menschen angestoßen werden. Ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte ein Weg sein, den Fokus auf die gesamte geleistete Arbeit und Arbeitszeit zu lenken.

Gerade in Zeiten der zunehmenden Digitalisierung wird es notwendig sein, das gesamte Arbeitssystem zu überdenken. Der Sozialstaat war zu seiner Gründung die Antwort auf die Industrialisierung. Das bedingungslose Grundeinkommen soll nun die Antwort auf die Digitalisierung werden.

Um ihre Ideen und Forderungen besser in die Gesamtorganisation einbringen zu können, fordern die GBH-Frauen, zumindest eine Frau in das GBH-Bundespräsidium zu entsenden.

Yvonne Gili: Werden wir lauter, werden wir stärker!

Yvonne Erika Gili, Betriebsrätin der Fa. EWE-Küchen aus Oberösterreich, wurde mit großer Mehrheit zur neuen GBH-Bundesfrauenvorsitzenden gewählt. Die 29-jährige gelernte Tischlerin betonte, wie wichtig ein starkes Team für die Frauenarbeit der Gewerkschaft Bau-Holz ist.



www.facebook.com/deinegbh DIE BAU-HOLZ 05-07/2019 27



Kampf gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten darf nie aufhören

GBH und AK Salzburg enthüllen Denkmal für verunfallte ArbeitnehmerInnen.

2017 verunglückten österreichweit 24 Arbeitnehmer auf Baustellen tödlich. Dazu kamen noch 6 Unfälle am Weg zur oder von der Baustelle. Insgesamt 30 tödliche Unfälle waren Grund genug, allen bei der Arbeit verunglückten oder durch Berufskrankheiten verstorbenen Arbeitnehmern ein Denkmal zu widmen. Enthüllt wurde es am 28. April, dem "Workers Memorial Day"

"Der Kampf gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten darf nie aufhören. 106.390 Arbeitsunfälle Erwerbstätiger und 1.140 Berufskrankheiten gab es laut AUVA 2018 – um 2.229 Unfälle mehr als 2017. Die Berufsneuerkrankungen gingen um 55 zurück.", so GBH-LGF Andreas Huss.

Unfälle am Bau reduziert

Die tödlichen Unfälle sind 2018 auf Österreichs Baustellen von 24 auf 22 zurückgegangen. Das hat damit zu tun, dass alle Bausicherheitspartner (GBH, AK, Bauinnung, Arbeitsinspektorat, AUVA) einen Bau-Schwerpunkt eingeleitet haben.

Denkmal von HTL-Schüler

Die GBH und die AK hatten in der Bildhauerfachschule der HTL Hallein einen Wettbewerb ausgerufen. Der Entwurf von Benjamin Zsak "30/2017" ging als Siegerprojekt hervor. "Wir bedanken uns bei den jungen Bildhauern für ihr Engagement und bei der Stadt dafür, das Denkmal in der Hans-Webersdorfer-Straße errichten zu können", so Huss und AK-Präsident Peter Eder abschließend.

ÖGK: Die größte

ÖSTERREICHISCHEN Gesundheitskasse (ÖGK) hat mit 1. A Die türkis-blaue Regierung sparte dabei nicht mit Eigenlob.

Von einem Einsparungspotential in unfassbarer Höhe war die Rede. Den Versicherten wurde in den schönsten Farben ein neues, verbessertes Bild ihrer Krankenversicherung gemalt. Wir haben den designierten zweiten Obmann und ArbeitnehmerInnenvertreter des Überleitungsausschusses Andreas Huss, der ab 1. Jänner 2020 im Wechsel mit dem Arbeitgebervertreter zum Verwaltungsrat der neuen ÖGK wird, zum Gespräch gebeten.

Andreas Huss, du warst einer der stärksten Kritiker des neuen Gesetzes, mobilisiertest mit deiner Salzburger Deklaration österreichweit über 200 Institutionen als Unterstützer gegen die geplante Reform. Nun bist du als Mitglied des Überleitungsausschusses maßgeblich für alle Fusionsentscheidungen mitverantwortlich. Wie passt das zusammen?

Das passt sogar sehr gut zusammen. Es zeigt, dass unsere Bedenken gehört wurden und ich sehe meine Nominierung als Einladung und Aufforderung zur konstruktiven Mitarbeit. Dass die Sozialpartner bei der Vorbereitung dieses Gesetzes nicht miteinbezogen wurden, ist ein Skandal, der von vielen Seiten kritisiert wurde. Welche Teile des Gesetzes vom Verfassungsgerichtshof noch aufgehoben werden, werden die nächsten Monate zeigen. In der Zwischenzeit

werde ich in meiner neuen Funktion alles dafür tun, dass klar ist, wo aus Sicht der ArbeitnehmervertreterInnen die rote Linie verläuft, die nicht überschritten werden darf.

Und wo wäre diese rote Linie?

Wenn es darum geht, neue Selbstbehalte einzuführen oder Privatspitäler mit Geldern unserer Versicherten zu sponsern. Das werden wir nicht akzeptieren. Auch kann es nicht sein, dass durch weitere Lohnnebenkostensenkungen dem Sozialversicherungssystem notwendiges Geld entzogen wird und wir dadurch Leistungskürzungen hinnehmen müssen. Überhaupt werden wir uns gegen alles, was in Richtung einer 3-Klassen-Medizin geht, wehren. Es kann nicht sein, dass jene, die es sich leisten können, in die private Krankenversicherung gedrängt werden, um weiterhin die gewohnt gute Versorgung zu haben. Der große Rest, der sich das nicht leisten kann, erhält nur eine Mindestversorgung? Sicher nicht mit uns!

Am 1. April hat der Überleitungsausschluss seine Arbeit aufgenommen. Wie muss man sich das vorstellen, was passiert in den nächsten Monaten?

Es ist ein riesiges Verwaltungsprojekt in einer Dimension, die man sich noch gar nicht vorstellen, schon gar nicht seriös

"Baustelle" in Österreich

nkassen zu einer neuen pril 2019 begonnen.

abschätzen kann. Wir sprechen hier von der größten Unternehmensfusion der Geschichte des Landes. Innerhalb von einem dreiviertel Jahr sollen neun Gebietskrankenkassen mit 10.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und über 7 Millionen Versicherten sowie einem Gesamtbudget von 14 Milliarden Euro jährlich auf Gleichklang geschaltet werden. Berechnet wurden die reinen Fusionskosten bereits mit 500 Mio. Euro. Das ist auch durchaus realistisch. Einen ersten Vorgeschmack gibt eine Beraterausschreibung seitens des Ministeriums im Umfang von vier Mio. Euro.

Seit 1. April sitzen rund 100 Führungskräfte - und damit sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemeint, die täglich operativ an versichertenrelevanten Themen wie Krankengeld, Heilbehelfe und Hilfsmittel, Mutterschaftsleistungen oder Arztabrechnungen arbeiten - für die nächsten Monate in 21 Arbeitsgruppen zusammen. Diese Entscheider fehlen natürlich im Tagesgeschäft. Die Arbeitsgruppen arbeiten vorrangig an Verwaltungsthemen wie der Zusammenführung der Buchhaltung, Controlling, Aufbau- und Ablauforganisation, Finanzwesen - also keine Weiterentwicklung in der Gesundheitsversorgung, wie es für die Versicherten eigentlich wesentlich wäre. Das mit der groß angekündigten Verschlankung der Verwaltung wird wohl eher nichts, zumindest nicht mittelfristig.



Du hast ja in der Vergangenheit immer wieder betont, wie essentiell die Sicherstellung regionaler Entscheidungen ist. Jetzt bist du selbst in Wien – sozusagen in der vorher von dir so kritisierten Zentrale – aktiv. Was wird übrig bleiben von deiner Forderung nach Regionalität?

Ich stehe zu 100 Prozent hinter dem, was ich die letzten Monate gesagt habe. Regionale Themen können nur regional gelöst werden, mit den Partnern vor Ort. Als ehemaliger Vertreter einer kleinen Gebietskrankenkasse, in einem Bundesland, das vom urbanen Umfeld bis hin zu sehr dünn besiedelten Gegenden alles hat, kann ich meine langjährige Erfahrung hier sehr gut einbringen.

Die ÖGK-Zentrale ist letztendlich doch in Wien, nicht, wie ursprünglich angenommen, in einem ande-

ren Bundesland. Gut oder schlecht aus deiner Sicht?

Ich denke, es war von Anfang an klar, dass die ÖGK-Zentrale in Wien sein wird. Signale, auch seitens der Regierung, dass man sich nicht alles in die Hauptstadt holen muss, um besser Einfluss nehmen zu können, werte ich als reines Ablenkungsmanöver und um Gemüter zu beruhigen.

Letztendlich ist es aber auch eine Entscheidung, die rational zu treffen ist. Immerhin wird in Wien gerade das Gebäude des Hauptverbandes im 3. Bezirk umfassend renoviert. Der zukünftige Dachverband wird wesentlich kleiner sein, also sollte genug Platz für die neue ÖGK-Zentrale bleiben. Immerhin zieht dort ein neuer Verwaltungstross mit vier neuen Generaldirektoren, zwei neuen Chefärzten und auf längere Sicht gesehen sicher über 200 neuen Beschäftigten ein.

www.facebook.com/deinegbh



Konferenz 4.0: Online-Wahl

BundesJugendkonferenz. Als erste Gewerkschaft wird die GBH heuer eine echte und rein digitale Bundeskonferenz im Oktober durchführen. Sogar sämtliche Wahlen werden online über die Bühne gehen. Der "Testlauf" bei der GBH-Jugend hat funktioniert und die Jugendlichen haben sich sehr über ihre Tablets gefreut.

Wie wichtig den Verantwortlichen in der GBH die Jugend ist, zeigt die große Anzahl an Ehrengästen. Trotz turbulenter politischer Zeit ließ es sich GBH-BV Abg. z. NR Josef Muchitsch nicht nehmen, "seine" Jugendlichen zu besuchen.

Die weiteren Ehrengäste in Schladming waren u.a. Susanne Hofer (ÖGJ-Vorsitzende), Christian Supper (BV-Stv. und LV GBH Steiermark), GBH-Bundesgeschäftsführer Mag. Herbert Aufner und der ehemalige GBH-Pensionistenvorsitzende Emmerich Rakuschan.



Die erste digitale Wahl innerhalb des ÖGB brachte ein tolles Ergebnis

Über 90 Prozent erhielten die neuen stellvertretenden Bundesjugendvorsitzenden Lukas Reisinger (Fa Eternit/OÖ), Thomas Klemenjak (Fa. Leube/Sbg), Nikola Tovilovic (Fa. Porr GmbH/W) und Christian Hammer (Fa. Lieb Bau Weiz/Stmk). Der neue und "alte" Vorsitzende Daniel Prednik (Fa. Steiner Bau/Ktn) wurde mit 98 Prozent bestätigt.

Schwerpunkt der nächsten Jahre wird die Attraktivierung der Lehre sein. Eine

Lehre in unseren Branchen bietet gute Berufschancen bei hohem Einkommen – dennoch raten vielen Eltern ihren Kindern zu einem Studium.

Weiters gilt es in den KV-Verhandlungen die finanziellen und rahmenrechtlichen Bedingungen unserer Bau-Holz Lehrberufe weiter zu verbessern.

Die Wortmeldungen der jungen Gewerkschafter zeigen Disziplin und großen Einsatz. Die Gewerkschaft Bau-Holz braucht sich um die Zukunft keine Sorgen machen.



